



15.4259

Motion Ettlín Eríh.**Fabi. Übermässige
administrative Belastung
bei Geschäftsfahrzeuginhabern****Motion Ettlín Eríh.****FAIF. Charges administratives
excessives pour les propriétaires
de véhicules d'entreprise***Ordnungsantrag – Motion d'ordre*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.03.16 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.09.16

Ettlín Eríh (C, OW): Von verschiedener Seite habe ich gehört, dass diese Motion schwer verständlich sei und ich sie möglichst einfach erläutern solle. Das ist genau das Problem. Es ist aus einer relativ einfachen Sache eine komplizierte Steuerangelegenheit geworden. Ich versuche trotzdem, es so gut wie möglich zu erklären. Mit Fabi hat man auch den steuerlichen Pendlerabzug bei der Bundessteuer auf 3000 Franken begrenzt. Mehr als diese 3000 Franken kann somit nicht als Kosten für den Weg zwischen Wohnort und Arbeitsort abgezogen werden. Das ist so weit klar und auch vom Volk angenommen.

Nun hat die Steuerverwaltung diese Vorlage als Basis für eine zusätzliche Aufrechnung bei Inhabern von Geschäftsfahrzeugen genommen. Die Begründung ist, dass bei diesen der Arbeitsweg vom Arbeitgeber bezahlt werde und somit der theoretische Abzug über den 3000 Franken als Einkommen aufgerechnet werden müsse. Das führt zu einem grossen Verwaltungsaufwand und viel Verunsicherung bei den Unternehmen und den Mitarbeitern. Zudem muss man wissen, dass davon in der Fabi-Botschaft nie die Rede war.

Nehmen wir das Beispiel eines Monteurs, der ein Geschäftsfahrzeug zur Verfügung gestellt bekommt, um zu den Kunden zu fahren, aber das Auto natürlich auch nach Hause nimmt. Das ist ja das Ziel, damit er flexibel und mobil bleibt. Damit ist er von dieser Regelung betroffen. Es ist ja nicht so, dass er für die private Nutzung des Fahrzeuges nichts bezahlt. Es werden ihm heute schon jährlich 9,6 Prozent des Anschaffungspreises aufgerechnet. Die Steuerverwaltung ist aber der Ansicht, dass in diesen 9,6 Prozent nur Ferienfahrten, Fahrten zum Einkaufen usw. enthalten und abgegolten sind, nicht aber der Arbeitsweg. Damit muss man diesem Monteur, sofern er mehr als zehn Kilometer Arbeitsweg hat, ab 1. Januar 2016 zusätzliches Einkommen aufrechnen. Das ist so vorgesehen.

AB 2016 S 76 / BO 2016 E 76

Das wäre noch relativ einfach – nicht schön, aber einfach. Aber jetzt kommt's: Aussendiensttage zählen nicht als Fahrt vom Wohn- zum Arbeitsort. Das sind Fahrten direkt zum Kunden und vom Kunden zurück nach Hause. Home-Office-Tage zählen dazu und werden nicht als Einkommen aufgerechnet. Der Prozentsatz dieser Ausnahmetage muss vom Arbeitgeber im Lohnausweis bestätigt werden. Der Lohnausweis, das dürfen wir nicht vergessen, ist eine steuerliche Urkunde, und falsches Ausfüllen ist ein Steuerbetrugstatbestand. Die Aussendiensttage muss man irgendwie erfassen, was in vielen Betrieben aber nicht geschieht. Somit muss der Arbeitgeber eine neue Verwaltungsaufgabe wahrnehmen.

Hinzu kommt: Es ist nicht klar, was ein Aussendiensttag ist. Wenn der Monteur vor der Fahrt zum Kunden noch Material beim Arbeitgeber holt, gilt der ganze Tag nicht mehr als Aussendiensttag. Weiter stellt sich die Frage, auf welche Tage man sich bei der Berechnung des Prozentsatzes der Aussendiensttage beziehen soll. Man muss im Lohnausweis ja einen Prozentsatz deklarieren, zum Beispiel 30 Prozent Aussendiensttage. Was ist die Basis? Sind Krankheitstage abzuziehen? Muss man bei Teilzeitarbeit klären, ob man jeden Tag zur Arbeit



geht, aber früher nach Hause fährt oder nur drei Tage in der Woche arbeitet, aber diese voll? Das wären dann weniger Arbeitstage.

Die Liste ist lang. In der Praxis kriegen wir von der Steuerverwaltung nur ungenügende Antworten. Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer sind verunsichert, soweit sie die Folgen überhaupt schon abschätzen können. Verschiedene Arbeitgeber haben schon Erfassungssysteme eingerichtet. Mich haben Verantwortliche in den Unternehmen gefragt, wie man die Richtigkeit der Prozentzahl beweisen müsse; sie hätten da keine Unterlagen. Es ist zu befürchten, dass wir am Schluss beim Zwang zur Führung eines Fahrtenbuches landen.

Nun sage ich noch etwas zur Gleichbehandlung: Bei Quellenbesteuerten ist die Lösung praktisch unmöglich, deshalb verzichten die Kantone darauf. Nur wenn man eine nachträgliche ordentliche Veranlagung oder eine Tarifkorrektur vornimmt, kommt es zu einer Erfassung. Aber jene, die nur an der Quelle besteuert werden, erfahren keine Aufrechnung. Für die Selbstständigerwerbenden gilt die Regelung auch nicht. Das Generalabbonnement ist auch nicht enthalten. Es besteht da also keine Gleichbehandlung. Was ist mit den Sammeltransporten, bei denen die Mitarbeiter abgeholt und an einen anderen Arbeitsplatz gebracht werden? Diese werden ja auch gratis befördert, aber es findet keine Aufrechnung statt.

Nur schon aus dieser unvollständigen Auflistung wird ersichtlich, dass hier aus steuersystematischen Überlegungen ein Verwaltungsmonster geschaffen wurde. Dabei ist die Gleichbehandlung nicht gewahrt, weil man einzelne Gruppen ausnimmt. Ich sage nicht, dass es falsch ist, diese Gruppen auszunehmen, aber wenn man es tut, besteht keine Gleichbehandlung mehr.

Wie schon erwähnt, die Geschäftsfahrzeuginhaber erfahren für die private Nutzung des Fahrzeuges schon eine Aufrechnung von zirka 10 Prozent des Anschaffungswertes. Dass Fabi noch einmal Auswirkungen hat, beruht nur auf der Annahme, dass der Arbeitsweg mit diesen 10 Prozent nicht abgedeckt ist.

Mit der Anweisung an die Steuerverwaltungen, hier keine weitere Aufrechnung zu machen, ist der ganze Verwaltungsaufwand für alle, auch für die Steuerverwaltungen, vom Tisch. Denn nach 2017 geht es los. Dann reichen die Steuerpflichtigen die Steuererklärung 2016 ein, und die Steuerverwaltungen müssen neu bei den Geschäftsfahrzeuginhabern rechnen, nachfragen und aufrechnen.

Wir haben viel von der Frankenstärke gehört und was dagegen zu tun sei. Ein wichtiger Punkt ist der Abbau von Bürokratie und Verwaltungsaufwand. Hier bauen wir nicht ab, wir lassen nur eine Ausweitung des Verwaltungsaufwandes nicht zu. Das ist aber das Mindeste.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu meiner Motion.

Föhn Peter (V, SZ): Ich bitte Sie hier inständig und nachdrücklich, die Motion Ettlín anzunehmen.

Einmal mehr veranstalten wir hier Mehraufwendungen fürs Gewerbe, und zwar unnötige Mehraufwendungen. Täglich sollen die Fahr- und Arbeitseinsätze haargenau erfasst werden. Das Erfassen ist das eine: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter füllen die Regie-Rapporte schon aus, aber man kann nicht einfach einen Regie-Rapport weiterleiten. Es braucht hier wieder ein kompliziertes Erfassungssystem, das dann im Büro gemacht werden muss, was nicht so einfach ist. Ich sage dem ganz einfach: unnützer Bürokratismus pur!

Wir retten damit weder die Staatsfinanzen noch sonst etwas. Wir belasten einzig und allein das Gewerbe, und wir komplizieren einmal mehr die Bedingungen für unseren Wirtschaftsstandort nach Verwaltungsideen. Das kann es doch nicht sein!

Bitte nehmen Sie diese Motion an. Ich danke Ihnen dafür im Namen der Schweizer Wirtschaft.

Graber Konrad (C, LU): Ich war damals bei der Beratung der Fabi-Botschaft in der Kommission. Wir suchten ja auch Finanzierungsquellen für die zusätzlichen Leistungen. Man konzentrierte sich damals in der Botschaft des Bundesrates erstens auf 300 Millionen Franken vonseiten der Nutzer. Das hat jetzt Auswirkungen, indem beispielsweise im nächsten Dezember die Billettpreise erhöht werden. Der zweite Punkt betraf die Bahninfrastruktur. Dort setzte man sich mit den Publikumsanlagen für die Kantone auseinander; da ging es um 200 Millionen Franken. Die dritte Position betraf eben das, was jetzt heute diskutiert wird, aber in einem ganz anderen Rahmen, muss ich Ihnen aus meiner Erinnerung sagen. Man sagte, man wolle den Pendlerabzug reduzieren; damals standen 3000 Franken zur Diskussion. Die Diskussion drehte sich damals um die Frage, ob diese 3000 Franken ein Abzug seien, den nachher alle machen können – wenn jemand also Pendlerkosten von 10 000 Franken hat, zieht er 3000 Franken ab –, oder ob es nur möglich sei, einen Abzug bis maximal 3000 Franken vorzunehmen. Das war die Diskussion, die in der Kommission und nachher auch im Rat stattfand.

Der Bundesrat hat in seiner Vorlage auch geschrieben, dass er hier nur die Unselbstständigerwerbenden berücksichtigen wird, nicht die Selbstständigerwerbenden, weil sonst die ganze Übung zu komplex wird. Wir haben weder in der Kommission noch im Rat, noch in der Botschaft, noch in der Volksabstimmung, noch im Abstimmungsbüchlein, noch sonst irgendwo einmal einen Hinweis erhalten, dass die Eidgenössische Steu-



erverwaltung die Absicht haben könnte, aufgrund dieses eingeführten Artikels noch eine Ausdehnung vorzunehmen. Es ist auch eine Frage der politischen Redlichkeit, dass wir jetzt nicht auf diesem Weg noch eine zusätzliche Steuereinnahme kreieren.

Weiterer Punkt: Wir haben gestern und heute von Entbürokratisierung gesprochen, wir haben gestern eine längere Diskussion über die Forderung, Statistiken zu erstellen, geführt und wollten sogar eine Ausnahme machen. Aber die wesentlichen Punkte liegen auch in der Umsetzung von bestehenden Gesetzesanwendungen. Es gibt ein anderes Beispiel, jenes der Pistenfahrzeuge: Hier wollte man für die Rückerstattung zuerst auch einen Riesenaufwand kreieren, 400 Stellenprozente schaffen und ein kompliziertes System einführen. In diesem Bereich müssen wir wirklich den Hebel ansetzen. Es geht um die Umsetzung, und dort kann man für die KMU einen wesentlichen Beitrag zu einer weniger starken Belastung durch Verwaltungstätigkeiten leisten. Dieses Geschäft wird sich ja nicht nur bei den KMU administrativ fördernd auswirken, sondern auch bei der Steuerverwaltung. All das, was uns Herr Ettlin mit seinen Beispielen jetzt aufgezeigt hat, muss dann von der Steuerverwaltung ja noch kontrolliert werden. Und sie müssen dann wahrscheinlich auch noch den Weg durch die Gerichte nehmen, weil es Auseinandersetzungen gibt. Wenn auf dem Lohnausweis 30 Prozent deklariert werden, wenn die Steuerverwaltung der Auffassung ist, dass es ein anderer Prozentsatz sein könnte, wenn die Firma das nachweisen muss und das mit

AB 2016 S 77 / BO 2016 E 77

einem System, wie Herr Föhn es erwähnt hat, nachweisen will und nicht richtig macht, dann landet die Sache am Schluss beim Gericht, und dann gibt es zusätzlich noch Frustrationen und Staatsverdrossenheit.

Stellen Sie sich vor: Nur schon die Überlegung des Arbeitnehmers, ob er zuerst ins Büro oder in die Werkstatt oder direkt zum Arbeitsplatz fahren soll, wenn es Optimierungen gibt, könnte zu Mehrverkehr führen. Ich erinnere zudem an den Lohnausweis: Bei der Einführung des neuen Lohnausweises, was jetzt auch einige Jahre her ist, war ein grosses Anliegen, hier eine vernünftige Lösung zu haben. Die Steuerkonferenz hat damals einen Lohnausweis mit zig Details gefordert. Wenn wir jetzt hier verlangen, dass man im Lohnausweis wieder einen Prozentsatz für solche steuerlichen Auseinandersetzungen einfügt, dann sind wir, das muss ich Ihnen einfach sagen, auf dem besten Weg dazu, das wieder rückgängig zu machen, was wir damals geschafft haben, nämlich eine Entschlackung des ursprünglich angedachten Lohnausweises.

Der Bundesrat hat in der Antwort auf die Motion geschrieben, es gebe da eine Praxis, und hat diese etwas dargestellt. Ich glaube, die Beispiele von Herrn Ettlin haben aufgezeigt, dass das nicht praktikabel ist. Der Bundesrat verweist auch darauf, dass man sonst eine Gesetzesänderung vornehmen müsste. Ich meine, wir tun gut daran, jetzt diese Motion anzunehmen. Der Zweitrat kann dann feststellen, was in den nächsten drei Monaten geschieht. Entweder gibt es eine Anweisung an die Steuerverwaltung, hier anders vorzugehen, oder der Nationalrat müsste dann die Motion anpassen und eine Gesetzesänderung verlangen. Wir hätten dann das letzte Wort.

Herr Bundesrat, wir haben Sie ja in der Kommission als sehr lösungsorientiert und auch pragmatisch agierend erlebt: Hier braucht es eine politische Lösung. Ich glaube, wir können hier lange darüber diskutieren, aber die Beispiele von Herrn Ettlin haben gezeigt, dass es eine politische Lösung braucht. Wenn diese Lösung nicht gefunden wird, dann wird die Frage uns und auch die Gerichte noch zwei, drei Jahre weiter beschäftigen.

Ich erwähne nochmals: Das Thema war kein Thema in der Debatte um Fabi. Es ist eine Frage des redlichen Vorgehens. Für mich ist dieses Vorgehen ein staatlich administrativ verordneter virtueller Steuertatbestand. Ich bitte Sie, diesen abzulehnen und diese Übung zu stoppen.

Le président (Comte Raphaël, président): Nous sommes saisis d'une motion d'ordre de Monsieur Hêche qui demande de transmettre la motion 15.4259 à la commission compétente pour examen préalable.

Hêche Claude (S, JU): Monsieur Graber a donné un rappel des faits relatifs au traitement du dossier FAIF. Il a notamment fait référence à un certain nombre d'éléments relevant des articles 26 et 87a de la Constitution, qui ont fait suite à des décisions prises par l'Assemblée fédérale et naturellement confirmées par le vote du peuple du 9 février 2014.

J'aimerais brièvement insister sur le fait que la réussite de l'opération FAIF était liée à la réalisation d'une sorte d'équilibre, non seulement dans les projets d'infrastructures, mais également dans les contributions financières, réparties entre un certain nombre d'acteurs et de partenaires. Il s'agissait plus précisément des deux tiers du produit de la redevance sur les poids lourds, de l'augmentation de la TVA durant une période limitée dans le temps, de l'impôt fédéral direct, qui fait l'objet de la motion Ettlin Erich, et d'une contribution importante des utilisateurs et des cantons, puisque la contribution de ces derniers était passée de 300 millions de francs à 500 millions de francs.



Cela étant dit, mon souci – et c'est la raison pour laquelle j'ai déposé cette motion d'ordre visant à renvoyer la motion à la commission compétente, qui serait à ma connaissance la Commission de l'économie et des redevances –, a trait à la complexité de la motion, telle qu'elle est formulée, en matière de perception de l'impôt, c'est-à-dire non seulement quant à ses incidences financières, mais aussi par rapport à son applicabilité. D'ailleurs, le Conseil fédéral indique très clairement, dans son avis, qu'il y aura une inégalité de traitement entre les types d'employés, selon qu'ils bénéficient d'un véhicule privé ou que celui-ci est mis à disposition par l'entreprise.

Vu les enjeux extrêmement importants, tant en matière de fiscalité qu'en ce qui concerne le financement des infrastructures ferroviaires, la motion devrait faire l'objet d'un examen plus fouillé au sein de la commission compétente.

Je vous invite donc à accepter ma motion d'ordre.

Noser Ruedi (RL, ZH): Ich denke, dieser Ordnungsantrag ist eigentlich überflüssig. Denn das Konzept ist ja so: Wenn wir hier einer Motion zustimmen, geht sie in den Zweitrat und dort in die Kommission. Warum soll man das jetzt zweimal tun? Dann würde die Motion zuerst in unsere Kommission kommen, wir würden ihr zustimmen, und dann ginge sie im Zweitrat in die Kommission. Es geht auch um Bürokratieabbau bei uns. Wir müssen jetzt prinzipiell zustimmen, und der Zweitrat wird das beurteilen.

Levrat Christian (S, FR): Je dois reconnaître que le débat soulevé par Monsieur Ettlin est des plus intéressants, mais il concerne un point de détail, un point relativement complexe, et je ne suis pas sûr que le fait d'adopter maintenant une motion, après un débat en séance plénière, soit une preuve du sérieux de nos débats.

Monsieur Noser, c'est précisément ce que nombre d'entre nous, dont vous faites vraisemblablement partie, reprochaient au Conseil national, à savoir d'adopter des motions sans les avoir vraiment examinées, sans en avoir débattu sérieusement, et de considérer que le deuxième conseil, lui, devait fournir un travail sérieux. J'ai entendu beaucoup d'entre vous, qu'ils siègent à gauche ou à droite de ce conseil, se plaindre de l'absence de sérieux avec laquelle les débats sont menés. Je ne doute évidemment pas des compétences des experts fiscaux présents dans cette salle, mais notre responsabilité d'élus, ce n'est pas d'être des experts fiscaux; notre responsabilité d'élus, c'est d'examiner dans le détail, avec l'appui de l'administration, les conséquences concrètes de nos décisions.

Ce que nous dit Monsieur Ettlin est crédible, mais le débat que nous avons mené tout à l'heure est un débat du niveau que ceux que nous avons en commission, un débat extrêmement détaillé, portant sur certains points, sur certains cas très particuliers, et il me semble que les discussions de ce genre doivent être menées en commission.

Je vous prie de ne pas y voir une manœuvre visant à torpiller cette motion. Je trouve les explications qui ont été données ici convaincantes, mais j'estime que c'est un représentant de l'administration fédérale qui doit nous exposer les conséquences de cette décision, et je regrette qu'on ne puisse pas se mettre d'accord pour renvoyer cet objet en commission. C'est le rôle de la Commission de l'économie et des redevances d'examiner ces questions, de le faire avec le détail et le soin nécessaires, et on ne peut pas transformer les débats du conseil en séminaire de politique de droit fiscal.

Graber Konrad (C, LU): Nur zum Ordnungsantrag: Es ist ja nicht üblich, dass wir die Motionen in die Kommission zurückgeben. Es gibt ab und zu solche Fälle. Ich bin aus folgender Überlegung der Meinung, man sollte hier den Ordnungsantrag ablehnen: Die Motion verlangt eine Praxisänderung, obwohl die Praxis ja noch gar nicht etabliert ist. Der Bundesrat schreibt, wie er das angehen möchte. Er überzeugt aus meiner Sicht hier im Rat mit dieser Antwort nicht. Dann lässt er aber die Tür offen für eine allfällige Gesetzesänderung.

Ich glaube, genau das ist ja die Möglichkeit des Zweitrates. Wenn man also der Auffassung ist, dass die Praxis nicht so geändert wird, wie es sein sollte, kann ja der Zweitrat beantragen, eine Gesetzesänderung vorzusehen. Das würde dann eine Modifikation der Motion bedeuten. Das ist ja der übliche Weg. Ich denke, es ist normal, dass wir jetzt hier

AB 2016 S 78 / BO 2016 E 78

zeigen, in welche Richtung man schreiten möchte. Der Zweitrat hat dann die Möglichkeit, in Kenntnis dessen, was innerhalb der nächsten drei Monate geschehen ist, und nach Anhörung von Spezialisten zu entscheiden, ob der Gesetzesweg zu beschreiten ist. Ich glaube, diese Auseinandersetzung müssen wir eh führen.

Zur Sicht der KMU: Diese müssen heute entscheiden, ob sie ein Erfassungssystem einführen, ja oder nein. Das ist die Situation; x KMU müssen sich überlegen, ob sie ein Erfassungssystem für diese Frage einführen, um dann nicht später das Problem zu haben, dass sie eine Urkunde fälschen, indem sie etwas deklarieren, das



nicht korrekt ist oder nicht nachgewiesen werden kann. Die KMU sind gefordert, sie brauchen eine Antwort. Das System mit Rückweisung an die Kommission wird dazu führen, dass sie die Antwort dann erst Ende Jahr haben und nicht während des Jahres.

Janiak Claude (S, BL): Herr Noser hat mich jetzt herausgefordert; ich habe den Eindruck, dass er hier vielleicht noch nicht ganz angekommen ist. Bei uns ist die Praxis die: Wenn wir das Gefühl haben, dass ein Thema in diesem Rat nicht vollständig zu Ende besprochen werden kann, dann behalten wir es nach Möglichkeit bei uns und bilden uns zuerst eine vertiefte Meinung, und dann senden wir es an den anderen Rat. So haben wir es bis jetzt jedenfalls gehalten.

Wir haben sehr oft den Fall gehabt – das ist bereits erwähnt worden –, dass wir mit Vorstössen aus dem Nationalrat bombardiert wurden, die dort im Plenum nicht einmal diskutiert wurden, die reihenweise in Gesamtdenbatten angenommen wurden und wo man nicht einmal im Amtlichen Bulletin nachlesen konnte, was der Grund für die Annahme war. Behalten wir doch die Geschäfte, die von uns kommen, bei uns, debattieren wir sie zuerst bei uns seriös, bilden wir uns eine Meinung, und stimmen wir am Schluss darüber ab. Dann können die Geschäfte an den anderen Rat gehen.

Deshalb bitte ich Sie, dem Ordnungsantrag Hêche zuzustimmen.

Ettlin Erich (C, OW): Ich möchte einfach unterstützen, was die Kollegen Noser und Graber Konrad gesagt haben: Ich glaube, wir müssen hier vorwärtsmachen. Ich verstehe, dass man hier sagt, es sei eine Steuerexpertenauslegung, und dass das für diesen Rat schwierig ist. Aber ich möchte einfach sagen: Wenn es für uns schon schwierig ist, wie ist es dann für die Unternehmer? Die müssen jetzt handeln. Jetzt! Jetzt! Ich habe im Dezember einen Brief an alle Steuerverwaltungen geschickt und gefragt, wie wir damit umgehen müssen. Eine hat mir zurückgeschrieben und gesagt: "Gebrauchen Sie den gesunden Menschenverstand!" Ich frage Sie: Wie sollen wir damit umgehen? Wenn wir es schon nicht verstehen, dann muss man damit vorwärtsmachen. Deshalb unterstütze ich die Ablehnung des Ordnungsantrages Hêche, wie Kollege Noser es beantragt.

Français Olivier (RL, VD): Qui est expert en la matière? Est-ce que c'est la Confédération, et en particulier le département fédéral responsable, qui a écrit dans la réponse que "le principe de l'égalité de traitement des contribuables est inscrit dans la Constitution"? Est-ce que c'est cela qui est le résultat d'expertises ou c'est finalement l'avis de la profession?

Pour ma part, je m'inquiète beaucoup: il est nécessaire d'avoir un échange avec l'administration fédérale, avec le Conseil fédéral, pour traiter ce cas. Rappelons-le: quand nous avons traité le projet FAIF, c'est un objet fondamental que nous avons traité; ce n'était peut-être pas le plus important, mais il était très important. Cette notion d'égalité de traitement doit faire l'objet de débats, d'échanges, certes, entre les experts de la profession, mais le Conseil fédéral ou son représentant doit aussi être entendu. En cela, je pense que la motion d'ordre Hêche est intelligente, rationnelle; elle nous permet, en l'état, de traiter cet objet.

Vous parlez aussi de la notion de temps. Or, à la prochaine session, nous pourrions traiter cela et on pourra répondre au courrier que vous avez reçu. Je crois qu'il faut garder sagesse, et en particulier au sein des cantons.

Enfin, j'ai appris dans ma carrière fédérale qu'une modification de loi ou une évolution de celle-ci ne devait pas se faire avant un délai de cinq ans. Maintenant, on a eu une votation populaire, rappelons-le, qui a fait l'objet d'échanges et de dialogues avec des gens qui ont voulu être partenaires. Il faut être très attentif à cela, et en particulier à la Chambre des cantons.

Je ne peux donc que vous inviter à adopter la motion d'ordre Hêche, afin d'étudier cette question avec attention et sans passion, et l'on trouvera alors la bonne solution.

Le président (Comte Raphaël, président): Je propose que nous votions sur la motion d'ordre Hêche. Monsieur Hêche propose de transmettre la motion 15.4259 à la commission compétente pour examen préalable.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Hêche ... 21 Stimmen

Dagegen ... 21 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Le président (Comte Raphaël, président): La motion d'ordre Hêche obtient 21 voix pour et 21 voix contre. De manière générale, dans mes prises de position, lorsqu'il s'agira de trancher, je trancherai en faveur du Conseil fédéral. Et comme le Conseil fédéral s'oppose à la motion, je pense qu'un examen en commission est pleinement justifié et permettra d'en débattre ensuite en conseil, de la manière la plus sage possible.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Frühjahrssession 2016 • Vierte Sitzung • 03.03.16 • 08h15 • 15.4259
Conseil des Etats • Session de printemps 2016 • Quatrième séance • 03.03.16 • 08h15 • 15.4259



Je soutiens donc la motion d'ordre, qui est ainsi adoptée, par 22 voix contre 21, avec la voix prépondérante du président.

*Mit Stichentscheid des Präsidenten
wird der Ordnungsantrag angenommen
Avec la voix prépondérante du président
la motion d'ordre est adoptée*

